

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. April 2016**Landeszentrale für politische Bildung**

Die Kernaufgaben der Landeszentrale für politische Bildung bestehen darin, Bürgerinnen und Bürger zum Eintreten für unsere demokratische Gesellschaft zu aktivieren und zum kritischen Mitdenken anzuregen sowie Organisationen, Schulen, Universitäten etc. über allgemein interessierende gesellschaftspolitische Fragen sowie über die Bundes- und Landespolitik zu informieren.

Laut Radio Bremen gilt Bremen als eine Hochburg des Salafismus, einer radikalen Auslegung des islamischen Glaubens. Bundesweit zählt der Verfassungsschutz etwa 7 000 Anhänger des Salafismus, davon allein 360 in Bremen. Aber auch bezüglich des politischen Extremismus scheint Bremen laut den Zahlen des Verfassungsschutzberichts aus dem Jahr 2014 ein Anziehungspunkt zu sein. Gerade angesichts dieser Situation wäre auch die Landeszentrale für politische Bildung in besonderem Maße gefragt, in diesem Bereich Aufklärungs- und Informationsarbeit zu leisten.

Aufgrund der sehr späten Vorlage der Haushaltsentwürfe für den Doppelhaushalt 2016/2017 durch den Senat und des damit stark verkürzten Zeitraums für parlamentarische Beratungen des Haushaltsentwurfs, beantragen wir zugleich die Beantwortung innerhalb von drei Wochen gemäß § 29 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, um den rechtzeitigen Eingang der Antwort des Senats vor den Beratungen des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses sicherzustellen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Projekte wurden in den Jahren 2013, 2014 und 2015 mit den inhaltlichen Schwerpunkten politischer Extremismus, religiöser Extremismus und Nationalsozialismus/Holocaust durchgeführt? Welche weiteren Projekte, die den genannten Schwerpunkten nicht zuzuordnen sind, wurden durchgeführt?
2. Welchen Kosten- und Personalaufwand verursachten die jeweiligen in 1. genannten Projekte?
3. Fanden zu den in 1. genannten Projekten Evaluationen statt? Wenn ja, zu welchem Ergebnis kamen diese?
4. Wie erklären sich die Personalkostensteigerung bei den Bezügen planmäßiger Beamter und Richter von 49 210 € im Anschlag 2015 auf 158 170 € im Anschlag 2016 und 155 480 € im Anschlag 2017 sowie die Kostensteigerung bei Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 225 650 € im Anschlag 2015 auf 366 490 € im Anschlag 2016 und 348 410 € im Anschlag 2017?
5. Welche Projekte in welchem personellen und finanziellen Umfang sind für die Jahre 2016 und 2017 geplant?

Julie Kohlrausch,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 17. Mai 2016

1. Welche Projekte wurden in den Jahren 2013, 2014 und 2015 mit den inhaltlichen Schwerpunkten politischer Extremismus, religiöser Extremismus und Nationalso-

zialismus/Holocaust durchgeführt? Welche weiteren Projekte, die den genannten Schwerpunkten nicht zuzuordnen sind, wurden durchgeführt?

Die Themen „Politischer Extremismus, religiöser Extremismus und Nationalsozialismus“ sowie eine Vielzahl weiterer politischer Fragestellungen werden von der Landeszentrale für politische Bildung in unterschiedlichen Formaten und Zusammenhängen bearbeitet, sodass an dieser Stelle nur die wichtigsten Projekte genannt werden können.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist Landesträger des bundesweiten Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. In dieser Funktion führt sie federführend Ausbildungs- und Fortbildungsangebote für Schüler, Lehrkräfte und pädagogisches Personal als Landesnetzwerktreffen und als Angebote/Projekte an Schulen und am Landesinstitut für Schule (LIS) durch. Politischer und religiöser Extremismus und Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) waren in den Jahren 2013, 2014 und 2015 Schwerpunktthemen.

Seit dem Jahr 2011 ist die Landeszentrale Trägerin der Projekts „Denkort Bunker Valentin“, in dem der Bunker Valentin als zentrale Gedenk- und Erinnerungsstätte zum Themenfeld Nationalsozialismus im Land Bremen aufgebaut wird. Zu diesem Zweck hat die Landeszentrale für politische Bildung im Senatsauftrag ein eigenes Referat aufgebaut.

In den Jahren 2013, 2014 und 2015 fand jeweils von der Landeszentrale organisiert und koordiniert das Veranstaltungsprogramm zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) mit jeweils 30 bis 50 Einzelveranstaltungen statt. Das an die Opfer des Nationalsozialismus erinnernde Projekt „Stolpersteine“ in Bremen befindet sich ebenfalls in der Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung.

Darüber hinaus organisierte die Landeszentrale für politische Bildung in Bremerhaven die Ausstellungen „Die Opfer des Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und die Aufarbeitung der Verbrechen“ (2014), „Diktatur und Demokratien im Zeitalter der Extreme“ und „Stasi Ohn(e)Macht“ (2015), sowie in Bremen und Bremerhaven die Ausstellung „Polizei.Gewalt“ (2013), welche auch seitens der Landeszentrale für politische Bildung kuratiert wurde. Alle Ausstellungsprojekte wurden mit Begleitveranstaltungen flankiert. Die mobile Wanderausstellung „Let's talk about... Rechtsextremismus“ (gemeinsame Entwicklung mit lokalen Partnern) wird in Bremerhaven und Bremen in Schulen zum Ausgangspunkt für Angebote genutzt. Der von der Landeszentrale eingerichtete Arbeitskreis „Wir in Bremerhaven für Respekt, Toleranz und Demokratie“ thematisiert jährlich in der Veranstaltungsreihe „Novemberveranstaltungen“ politischen und religiösen Extremismus, GMF und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Im Jahr 2015 war der Themenbereich politischer und religiöser Extremismus zudem Schwerpunkt der Publikationsbeschaffung und -ausgabe seitens der Landeszentrale für politische Bildung.

Neben diversen Klein- und Kleinstprojekten, wie Schülerworkshops zur Information zum Rechtsextremismus, bot die Landeszentrale diverse Formate an, die nicht den fragten Schwerpunkten zuzuordnen sind.

Im Jahr 2014 hat sich die Landeszentrale mit Veranstaltungen an dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges beteiligt, u. a. mit dem Fokus auf die heute noch spürbaren europapolitischen Implikationen und mit Bezug auf eine Aktivierungskampagne zur Europawahl.

Im Jahr 2015 hat die Landeszentrale für politische Bildung im Vorfeld der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und den Beiräten der Stadt Bremen das landesweite Projekt „Juniorwahl“ mit mehr als 12 000 Teilnehmerinnen/Teilnehmern und den Wahl-O-Mat mit über 100 000 Zugriffen durchgeführt. Hinzu kommen etliche Vortrags- und Weiterbildungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen wie u. a. Europapolitik, politische Institutionenkunde, Migrationspolitik, Flucht und Asyl sowie diverse Seminarfahrten im Kontext politischer Bildung mit Multiplikatoren nach Brüssel, Berlin, Dresden, in die Normandie, nach Auschwitz und nach Westerbork/Amsterdam.

Über die Arbeit der Landeszentrale und die durchgeführten Projekte wird darüber hinaus regelmäßig im Beirat der Landeszentrale für politische Bildung berichtet.

2. Welchen Kosten- und Personalaufwand verursachten die jeweiligen in 1. genannten Projekte?

Der Kosten- und Personalaufwand für sämtliche angebotenen und durchgeführten Formate wurde im Rahmen des Haushalts der Landeszentrale für politische Bildung dargestellt und ist nicht in einzelne Projekte aufzuschlüsseln.

3. Fanden zu den in 1. genannten Projekten Evaluationen statt? Wenn ja, zu welchem Ergebnis kamen diese?

Zu allen seitens der Landeszentrale durchgeführten Projekten findet eine dem jeweiligen Format angemessene Art der Qualitätssicherung statt. Die Ergebnisse fließen in die Konzeption von Folgeprojekten ein. Angesichts der Vielzahl der Projekte kann an dieser Stelle keine Auflistung aller Ergebnisse der Qualitätssicherungsinstrumente geleistet werden.

4. Wie erklären sich die Personalkostensteigerung bei den Bezügen planmäßiger Beamter und Richter von 49 210 € im Anschlag 2015 auf 158 170 € im Anschlag 2016 und 155 480 € im Anschlag 2017 sowie die Kostensteigerung bei Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 225 650 € im Anschlag 2015 auf 366 490 € im Anschlag 2016 und 348 410 € im Anschlag 2017?

Die höheren Anschläge bei den Bezügen planmäßiger Beamten und Richter (Titel 42201) und den Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 42801) sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass bislang temporär – als Personalverstärkungsmittel – veranschlagte Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Gedenkstätte Bunker Valentin (Titel 42810) nunmehr verstetigt und damit auf die Titel des sogenannten Kernpersonals verlagert worden sind.

Der Anschlag der Personalausgaben insgesamt ist im Jahr 2016 mit nunmehr 528 000 € nur um 3,5 % gegenüber dem vorherigen Anschlag gestiegen. Derartige Veränderungen sind auf die tatsächlichen und die zukünftig zu erwartenden Entwicklungen bei den Personalkosten zurückzuführen und werden seitens der Finanzsenatorin zentral im Rahmen der Budgetierung vorausberechnet (z. B. Tarifsteigerungen).

5. Welche Projekte in welchem personellen und finanziellen Umfang sind für die Jahre 2016 und 2017 geplant?

Das Jahr 2016 ist für die Landeszentrale für politische Bildung geprägt durch den Umzug in die Birkenstraße 20/21 und die entsprechende organisatorische Neuaufstellung. Darüber hinaus wird der Abschluss des Projekts „Denkort Bunker Valentin“ und die Übertragung des Denkort in einen Regelbetrieb im Mittelpunkt stehen. Eine Planung für das Jahr 2017 hat noch nicht stattgefunden.

In 2016 werden die unter 1. aufgeführten Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit den genannten Schwerpunkten im politischen und religiösen Extremismus, das Veranstaltungsprogramm zum 27. Januar, das Projekt Stolpersteine usw. fortgeführt. Darüber hinaus hat die Landeszentrale am Denkort Bunker Valentin ein Projekt im Themenbereich „Flucht und Vertreibung“, in Kooperation mit dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ und örtlichen Flüchtlingsinitiativen konzipiert. Hierfür konnten durch einen erfolgreichen Drittmittelantrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung zusätzliche Gelder eingeworben werden.

Die Landeszentrale wird in 2016 ein Projekt zum Thema „Wahlbeteiligung“ auflegen und unterstützen. Weiterhin wird sie als Kooperationspartner an der Ausstellung und dem Begleitprogramm zur Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet: Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ in der Unteren Rathaushalle beteiligt sein. Im Rahmen des Projekts „Politische Bildung Bremen“ soll eine Internetplattform zur Darstellung und Dokumentation von politischen Bildungsveranstaltungen umgesetzt werden.

Hinzu kommt die Vorbereitung der Projekte „Juniorwahl“ und „Wahl-O-Mat“ im Vorfeld der Bundestagswahl 2017.

Die genannten Projekte sind im Umfang der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Haushaltsmittel geplant, die nicht in einzelne Projekte aufgeschlüsselt werden können.